

Fazit

Ist vor diesem Hintergrund „Linkssein“ ein evangelisches Prädikat? Antwort: Politisch links zu sein, ist prinzipiell für (evangelische) Christen und Christinnen möglich. Ja, es gibt sogar gute ethische Gründe, eine Affinität – aber keine Identität – zwischen dem so definierten „Linkssein“ und dem (evangelischen) Christsein anzunehmen. Denn evangelisches Christsein ist zweifellos eng verbunden mit den Grundwerten der Gerechtigkeit, der Wahrheit und des Friedens. Evangelische Christenmenschen streiten für die Wahrheit, sie setzen sich für soziale Gerechtigkeit ein und engagieren sich für einen gerechten Frieden auf der Welt. Evangelisches Christsein schließt aber auch eine grundsätzlich kritische Grundhaltung zur Welt ein („Prüfet aber alles und das Gute behaltet“, vgl. 1. Thessalonicher 5,21). Das heißt nicht, alle Christenmenschen müssten Sozialisten und Sozialistinnen sein, wie einst Helmut Gollwitzer meinte. Aber dass

„Linkssein“ ein evangelisches Prädikat sein kann, dies hoffe ich, im Grundsatz gezeigt zu haben.

Nicht jeder und jede wird in einem solchen Prädikat freilich ein Gütezeichen des Protestantismus sehen. Manche werden vielleicht vor einem neuen, diesmal links gefärbten Bündnis von Thron und Altar warnen. Andere mögen das Loblied des aufgeklärten Konservatismus anstimmen. Wieder anderen mag dies alles nicht weit genug gehen. In meinen Ohren aber erklingt noch einmal Reinhard Mey, dessen Nase den einen zu weit links und den anderen zu weit rechts erschien: „Und ich bedenk’, was ein jeder zu sagen hat, / Und schweig’ fein still, / Und setz’ mich auf mein achtel Lorbeerblatt / Und mache, was ich will.“

Eberhard Martin Pausch

Oberkirchenrat, Referent im Kirchenamt der EKD für Fragen der Friedensethik sowie der öffentlichen Verantwortung; Geschäftsführer der Kammer für Öffentliche Verantwortung

Martin Stöhr

Irrwege der Kirche und des deutschen Volkes

60 Jahre Darmstädter Wort (Thesen, vorgetragen in der Michaelsgemeinde, Darmstadt)

1. An das Darmstädter Wort zu erinnern, fragt mit den Erfahrungen vergangener Opfer und Irrwege nach der politischen Verantwortung der christlichen Gemeinde von heute.

2. Diese Verantwortung ist ohne Rückbesinnung auf den biblischen Auftrag der christlichen Gemeinde nicht wahrzunehmen.

3. Diese Verantwortung ist nicht wahrzunehmen, ohne die eigenen Irrwege öffentlich vor Gott und den Menschen zu erkennen und zu bekennen.

4. Menschliches Leben und Zusammenleben ist nur möglich, wenn Ketten der Schuld (und der Gewalt) durchbrochen werden. Solche Lasten der Vergangenheit (und der Gegenwart!) sollen nicht verdrängt oder vergessen werden. Es geht um konkrete Schuld und den von Gott in Christus ermöglichten Freispruch von menschlicher Schuld.

5. Deshalb ist der biblische Auftrag der christlichen Gemeinde als Wort von der Versöhnung der Welt mit Gott in Christus zu hören, anzunehmen, zu tun und auszurichten.

6. Versöhnung der Welt gibt der christlichen Gemeinde weltliche Aufgaben, weil Gott sich in Christus nicht nur mit der Christenheit versöhnt hat, sondern mit der Welt.

7. Das verlangt ehrliche Auseinandersetzungen und klare Einsichten in jeder Gemeinde, welche Risse Menschen und Völker, Inländer und Ausländer, Kranke und Gesunde, Mächtige und Ohnmächtige, Arme und Reiche heute trennen und wie jede christliche Gemeinde oder Gruppe ihrer therapeutischen Aufgabe gerecht werden kann, sich an den Heilungsprozessen der Welt in der Nähe und in der Ferne zu beteiligen.

Vier Irrwege

Eine deutsche Leitkultur

Eine starke Regierung zeigt sich nach innen im Umgang mit Demonstranten, nach außen in militärischer Machtentfaltung, zum Beispiel bei Auslandseinsätzen an 11 verschiedenen Orten der Welt. Gerechtfertigt wird das mit der „Sicherung gegen den internationalen Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen“ sowie der Sicherung „eines freien und ungehinderten Welthandels zur Sicherung unseres Wohlstands“. Genau davor warnte 1947 das Darmstädter Wort und plädierte dafür, die uns Deutschen verliehenen Gaben einzusetzen „im Dienst an den gemeinsamen Aufgaben der Völker“.

Angst vor Erneuerung

Wenn wir das Darmstädter Wort auf heute beziehen, müssen wir wissen, dass nicht nur Staaten diktatorisch werden, sondern auch Wirtschaftssysteme. Das herrschende Weltwirtschaftssystem öffnet den reichen Nationen die Märkte der armen Länder, verschließt diesen aber unseren Markt weithin. Es setzt billige Preise für die Rohstoffe der armen Länder durch und hohe Preise für die eigenen Produkte. Unser Wirtschaftssystem heißt „Soziale Marktwirtschaft“. Sie handelt aber als freie, das heißt in diesem Fall als entfesselte Marktwirtschaft – vor allem weltwirtschaftlich.

Feindbilder

Das Darmstädter Wort warnte 1947 vor einer christlichen Frontenbildung, die das Christentum zum Kennzeichen eines Lagers im Kalten Krieg machte. Das Schuldbekenntnis, das die US-amerikanischen Kirchen im letzten Jahr vor der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen der Welt ablegten, übte scharfe Kritik an der religiös unterfütterten Kreuzzugspolitik ihrer Regierung. Hier werden sog. westliche Werte mit denen des Christentums gleichgesetzt und gegen den internationalen Terrorismus mobilisiert. Es ist der christlichen Botschaft wie jeder Religion nicht erlaubt, Konfliktlinien religiös zu überhöhen und Gewalt im Namen Gottes zu legitimieren.

Gerechtigkeit

Nach der Wende las ich an einem Dresdener Gemeindehaus die Wandinschrift: „Der Kommunismus ist untergegangen, Gott sei Dank, aber der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist übrig geblieben.“ Damit ist die Frage nach Recht und Gerechtigkeit, nach Versöhnung und Freiheit als die Aufgabe politischer Verantwortung gestellt. Diese Frage beantwortet sich nicht anhand traditioneller Frontlinien. Über sie muss in der Kirche mehr gestritten werden.

8. Das dementsprechende Tun ist im Darmstädter Wort beispielsweise so benannt: (1) Jede nationale Überheblichkeit will Gott entthronen.

9. Dazu gehören heute Aktivitäten gegen Ausländerfeindschaft und Antisemitismus, gegen Antislawismus und Antiziganismus (Diskriminierung der Sinti und Roma).

10. Christinnen und Christen (2) stehen nicht an den Fronten, wo das verteidigt wird, was schon immer zum Althergebrachten gehörte, sondern arbeiten für das, was dem Leben der nachfolgenden Generationen, der Armen und Schwachen dient. Sie sind wertkonservativ, nicht strukturkonservativ (E. Eppler).

11. Politische Auseinandersetzungen dürfen nicht durch religiöse Überhöhungen (3) zu Kämpfen zwischen den Guten und den Bösen, dem Licht und der Finsternis hochstilisiert werden.

12. Wer die notwendigen Auseinandersetzungen um die Zukunft unseres Globus in den Gegensatz West – Ost, Freiheit oder Sozialismus, Abendland gegen Orient, Westen gegen internationalen Terrorismus etc. einzeichnet, macht sich zum „Weltbildhauer“ (Bert Brecht), der Welt und Menschen nach seinen Vorstellungen formt. Die Menschen werden dabei übersehen, die als Christusse millionenfach nach Brot, Wasser, Obdach, Kleidung, Gesundheit und Freiheit (Matthäus 25,34 ff.) schreien.

13. Die Sache der Armen und Entrechteten ist gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich die Sache der Christenheit (4). Aus staatshöriger Bürgerlichkeit oder aus einem zur Innerlichkeit verdünnten Glauben haben wir dies anderen überlassen. Jede Kritik am Atheismus, am Sozialismus, am Materialismus, am Islam oder am Privatismus unserer Tage hat selbstkritisch zu fragen, welches christliche Defizit andere in unserem Glauben und Handeln anmahnen.

14. Die christliche Gemeinde ist frei von gottlosen Bindungen, um allen Geschöpfen zu dienen. Sie lässt sich auch von Verzweigung, Gleichgültigkeit, Träumen vom besseren Gestern und Vorgestern sowie von Spekulationen über Krieg als Lösung von Konflikten befreien.

15. Befreiung von Schuld und Befreiung zum Dienst der Versöhnung und des Friedens, des Rechtes und der Gerechtigkeit bestimmen das Leben der christlichen Gemeinde. Nur dieser freie Dienst führt zu den heute notwendigen Reformen.

Martin Stöhr

Professor (em.) für Systematische Theologie an der Universität Siegen, Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung